

# TAX & LAW

## Wumms für Unternehmen

Wie die Bundesregierung der schwer getroffenen Wirtschaft mit dem 2. Corona-Steuerhilfegesetz unter die Arme greift.

## Recht im Krisenmodus

Ob Hauptversammlungen, Insolvenzpflichten oder Kapitalerhöhungen – der Gesetzgeber hat Sonderregeln geschaffen.

## Ökonom & Steuerrechtler

Die Wissenschaftler Clemens Fuest und Wolfgang Schön diskutieren, wie Deutschland am besten wieder auf die Beine kommt.

## Wie digitale Zwillinge unsere Wirtschaft revolutionieren

Die Krise erhöht den Wettbewerbs- und Innovationsdruck. Neueste Technologien helfen Unternehmen virtuell, Fabriken zu erschaffen, Prozesse zu optimieren und Produkte zu entwickeln.

The EY logo consists of the letters 'EY' in a bold, white, sans-serif font. The 'E' and 'Y' are connected at the top. A yellow diagonal bar is positioned above the 'Y'.

Building a better  
working world



Illustrationen: Jan Pieper

# Wie Deutschland den Unternehmen jetzt helfen muss

Der Ökonom **Clemens Fuest** und der Steuerrechtler **Wolfgang Schön** sprechen über die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise und erforderliche Maßnahmen, über die Rolle der EU und die schwieriger werdende Besteuerung von Digitalunternehmen.

**Beginnen wir mit der Frage, wie lange die Corona-Krise unser Wirtschaftsleben noch belasten wird. Haben wir es mit einem kurzen Einbruch mit V-Verlauf oder mit einem längeren, U-förmigen zu tun?**

**Fuest:** Das V dürfte inzwischen vom Tisch sein. Ich sage das als medizinischer Laie mit aller Vorsicht, weil deutlich wird, dass es dauern dürfte, bis das Virus unter Kontrolle ist. Aber ich glaube mittlerweile gelernt zu haben, dass eine flächendeckende Impfung vorerst keine Lösung sein wird. Nicht heute, auch nicht im nächsten Jahr. Deshalb sind die größeren Hoffnungen auf Medikamente gerichtet. Allerdings gibt es Medikamente für chronische Virenkrankheiten, aber nicht für akute. Vielleicht ändert die intensive Forschung etwas daran. Aber das Gesamtbild scheint doch so zu sein, dass dieses Virus sehr lange da sein wird. Ich fürchte auch, dass wir nach der Erholung auf einem niedrigeren wirtschaftlichen Niveau landen werden. Der Economist spricht von einer 90-Prozent-Ökonomie. Last, but not least müssen wir mit einer zweiten Welle rechnen. Doch alle Prognosen sind, wie gesagt, mit großen Unsicherheiten verbunden.

**Die nationalen Regierungen halten mit Sofortmaßnahmen massiv dagegen, während gleichzeitig die Steuereinnahmen wegbrechen. Allein in Deutschland wird 2020 ein Minus von rund 100 Milliarden Euro erwartet. Können wir uns die Hilfsmaßnahmen überhaupt leisten?**

**Schön:** Das ist mehr eine ökonomische als eine juristische Frage. Aber wenn Sie meine Einschätzung hören möchten: Deutschland hat seine Staatsverschuldung in den letzten Jahren in beeindruckender Weise zurückgeführt und sich so Spielraum verschafft. Neue Schulden sind im Moment sogar mit negativen Zinssätzen möglich. Das heißt, die laufenden Staatshaushalte werden dadurch nicht belastet. Deshalb ist in Deutschland jetzt auch eine Debatte zur Erhöhung von Steuern fehl am Platz.

**Herr Professor Fuest, stimmen Sie als Ökonom zu?**

**Fuest:** Ja. In dieser außerordentlichen Krise sollte sich der Staat zunächst darauf konzentrieren, die Wirtschaft zu stabilisieren. Natürlich muss man die Schulden →



**Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Schön**, Jahrgang 1961, ist seit 2002 Direktor des Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen in München. Der Steuerrechtler ist unter anderem Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften, Leopoldina.

irgendwann zurückführen. Aber viele Beträge erscheinen auch höher, als sie wirklich sind, weil es um Garantien geht und um Kredite, also Geld, das zurückfließt. Trotzdem sollte man prüfen: Was ist effektiv, was erreicht die richtigen Leute – und was nicht? Diese große Ausgabenorgie momentan ist schließlich auch die Stunde von Lobbygruppen.

**Welche Maßnahme halten Sie für besonders wichtig und richtig?**

**Schön:** Die Verlustverrechnung sollten wir in sehr viel stärkerer Weise zulassen, und zwar dauerhaft. Die Corona-Krise zeigt jetzt nur exemplarisch, in welche Schwierigkeiten Unternehmen geraten, bei denen sich Gewinne und Verluste von Jahr zu Jahr volatil ändern. Sie laufen im Grunde in eine Substanzbesteuerung hinein.

**Haben Sie ein konkretes Beispiel vor Augen?**

**Schön:** Die Lufthansa liegt am Boden, sie bedarf erheblicher Milliardenbeträge. Sie hat in den vergangenen Jahren aber sehr hohe Gewinne erwirtschaftet. Wenn es ihr erlaubt wäre, die akuten, sehr hohen Verluste umfassend mit den früheren Gewinnen zu verrechnen, wäre ein Teil des Liquiditäts- und Überschuldungsproblems gelöst. Ansonsten muss die Lufthansa in demselben Umfang Staatshilfe beantragen. Das geht dann einher mit Mitspracherechten des Staates, mit Beihilfenkontrolle durch die EU-Kommission.

**Fuest:** Ich kann dem nur zustimmen. Eine großzügigere Verlustverrechnung halte ich auch für extrem wichtig und übrigens für eine Frage der Fairness. Es ist nicht fair, dass der Staat sich erst am Gewinn beteiligt, aber später nicht an Verlusten. Da muss man halt das Prinzip durchbrechen, im Steuerrecht immer nur ein Jahr zu betrachten. Und es ist eine Unkultur, die in Deutschland eingezogen ist, Verlustverrechnungen immer gleich als Steuerprivileg zu bezeichnen.

**In der Politik gibt es die Tendenz, Rettungsmaßnahmen für Unternehmen mit Auflagen zu verknüpfen, etwa mit dem Verzicht auf Dividenden oder Boni. Finden Sie das richtig oder greift der Staat da zu sehr in die Marktwirtschaft ein?**

**Fuest:** In der Marktwirtschaft gilt der Grundsatz, dass das unternehmerische Risiko bei den Unternehmern liegt. Insofern sind staatliche Rettungspakete immer problematisch. Ich habe hier ein gewisses Verständnis dafür, dass der Staat, wenn er sich an Unternehmen beteiligt, mitsprechen will: über Ausschüttungen, vielleicht über Managergehälter. Ich fürchte, dass es sonst in der Bevölkerung nicht vermittelbar ist.

“

**Eine Debatte zur Erhöhung von Steuern ist jetzt fehl am Platz.**

Wolfgang Schön

**Steuern wir womöglich auf eine Krise der Marktwirtschaft zu?**

**Schön:** Die Corona-Krise ist weder eine Krise des Kapitalismus oder der liberalen Marktwirtschaft noch eine Bestätigung des Staates. Sie ist eine Gesundheitskrise, auf die unser gemischt staatlich-privates Staats- und Wirtschaftssystem ziemlich gut reagiert. Es besteht also überhaupt kein Anlass, Forderungen nach mehr Staatseinfluss auf die Wirtschaft zuzulassen. Ich finde es ohnehin problematisch, wie etwa aus dem Bundeswirtschaftsministerium seit einiger Zeit die Meinung sichtbar wird, der Staat sei eigentlich der beste Unternehmer. Das ist er nicht.

**Nicht nur Unternehmen wird geholfen, sondern auch Kurzarbeitern oder Eltern. Sorgt das nicht für soziale Ausgewogenheit in der Krise?**

**Fuest:** Das ist ein wichtiger Punkt, der mich zu der grundsätzlichen Frage bringt: Wie funktioniert eigentlich unser Sozialstaat? Wenn jetzt Selbstständige Hilfen bekommen, obwohl sie nicht in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen, gibt es zwar eine gewisse Rechtfertigung, weil hier gesundheitspolitische Maßnahmen große wirtschaftliche Belastungen mit sich bringen. Aber man kann schon die Frage stellen, ob es fair ist, dass Beschäftigte ihre Beiträge in die Pflichtsozialversicherungen einzahlen und jetzt dafür Kurzarbeitergeld zurückgezahlt bekommen, während Selbstständige nie eingezahlt haben. Es wäre gut, in Zukunft vorher über Regelungen in solchen Fällen nachzudenken. Wie weit geht die Versicherungsfunktion des Staates und wie weit wird sie ad hoc in Krisen ausgedehnt?

“

Es ist nicht fair,  
dass der Staat sich  
erst am Gewinn  
beteiligt, aber später  
nicht an Verlusten.

Clemens Fuest

**Inzwischen gibt es eine lebhafte Debatte um ein Konjunkturprogramm. Was ist richtig, was sind die falschen Ansätze?**

**Fuest:** Konjunkturpolitische Maßnahmen müssen zielgenau sein, sie müssen wirken. Und sie müssen der jeweiligen Phase gerecht werden, in der wir uns während der Krise befinden. Solange der „Lockdown“ gilt, kann breite Konjunkturstimulierung nicht das Ziel sein. Wir wollen ja nicht, dass die Leute jetzt in die Läden strömen.

**Sind Sie auch gegen eine Art erneuter Abwrackprämie, um wenigstens die Konjunktur in der automobilen Leitbranche anzukurbeln?**

**Fuest:** Wir haben Erfahrung mit Abwrackprämien bei uns und aus anderen Ländern. Wenn man sich die Effekte anguckt, dann stellt man wenig überraschend fest, dass



**Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Fuest**, Jahrgang 1968, ist seit 2016 Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung und Direktor des Center for Economic Studies an der Universität München. Der Volkswirt ist unter anderem Mitglied in verschiedenen wissenschaftlichen Beiräten, etwa beim Bundesfinanzministerium und bei EY.

es zu einer zeitlichen Vorverlagerung der Autokäufe gekommen ist, aber nicht insgesamt zu mehr Autokäufen. Es wäre so eine Art Lagerräumungsprämie und der Konjunkturreffekt ist begrenzt. Es ist auch gar nicht klar, ob die großen Autofirmen das wirklich brauchen, um die Krise überstehen zu können. Ob dabei irgendetwas bei den Zulieferern landet, ist unklar. Insofern würde ich sagen, wir sollten die Finger von einer Abwrackprämie lassen.

**Für die Gastronomie soll die Mehrwertsteuer auf Speisen ermäßigt werden.**

**Fuest:** Davon sollte man genauso die Finger lassen. Letztlich ist der ermäßigte Umsatzsteuersatz nicht das richtige Instrument, um Konjunkturpolitik zu machen. Ich halte gezieltere Maßnahmen für den richtigen Weg, den Verlustrücktrag, über den wir eben diskutiert haben, vielleicht auch Sofortabschreibungen. Sonst gibt es auch Instrumente auf der Ausgabenseite, im Bereich der öffentlichen Investitionen, die konjunkturpolitisch mehr bringen.

**Herr Professor Schön, was würden Sie der Politik raten?**

**Schön:** Zunächst einmal muss ich die Politik loben. Sie hat sehr schnell verstanden, dass die Liquiditätssicherung der Unternehmen im Jahr 2020 die Hauptaufgabe ist. Da ist sehr viel geschehen, ob es sich um Soforthilfemaßnahmen für kleinere und mittlere →

Unternehmen, für Solo-Selbstständige oder für andere gehandelt hat. Das mag alles nicht ausreichen, vor allem dann nicht, wenn wir im Herbst in eine zweite Viruswelle hineinlaufen. Das wird dann noch mal richtig schlimm. Aber es kann jetzt nicht darum gehen, da gebe ich Herrn Fuest recht, in der aktuellen Situation den Konsum anzuheizen.

#### Was empfehlen Sie für die Zeit danach?

**Schön:** Längerfristig erforderlich ist zunächst einmal der Verzicht auf Steuererhöhungen. Man sollte auf Verteilungskämpfe verzichten, etwa auf größere Vermögensabgaben oder einen Corona-Soli. Es ist nicht so einfach

zu sagen, welche Maßnahmen die richtigen sind, um mittel- und langfristig wieder die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Mein persönlicher Eindruck ist übrigens der, und da spreche ich ganz gegen mein eigenes Fach, dass die allergrößten Schwierigkeiten, die die Wirtschaft in Deutschland hat, nicht die steuerlichen sind, sondern dass man umgeben ist von einem Regulierungsstaat, der an so vielen Ecken und Kanten Investitionen belastet, dass die Frage, ob ich am Ende noch einen Gewinn habe und ob ich auf diesen Gewinn dann 23, 25 oder 28 Prozent Steuern zahle, gar nicht mehr so wichtig ist.

“

## Die Corona-Krise ist weder eine Krise des Kapitalismus oder der liberalen Marktwirtschaft noch eine Bestätigung des Staates.

Wolfgang Schön

#### Brauchen wir nicht eine Unternehmenssteuerreform?

**Schön:** Eine Unternehmenssteuerreform, die etwa Wahlrechte zwischen Personen- und Kapitalgesellschaftsbesteuerung vorsieht, wäre sicherlich eine gute Sache. Das Thema Verlustverrechnung hatten wir schon besprochen. Auch Sofortabschreibungen können gelegentlich sinnvoll sein. Gerade vor dem Hintergrund des Brexits und eines Deregulierungswettbewerbs mit dem Vereinigten Königreich, den USA und anderen Standorten sollten wir unser Außensteuerrecht attraktiv für Investoren machen, natürlich auch für die zunehmend wichtigen mobilen Arbeitnehmer.

#### Sollten wir Maßnahmen gegen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise mit anderen Themen wie Ökologie und Digitalisierung verknüpfen?

**Fuest:** Bei der Digitalisierung von Behörden und Schulen spüren wir im Moment, dass es da Defizite gibt. Derzeit fallen sowohl in der Bauindustrie als auch in der IT-Branche viele private Aufträge weg; deshalb sollte man aus meiner Sicht diese Krise jetzt nutzen, um diese Dinge wirklich voranzutreiben, das heißt umzubauen, Infrastruktur zu schaffen. Vor allem ist jetzt die Zeit, um in Humankapital zu investieren.

#### Gibt es nicht schon viele Programme zur Digitalisierung?

**Fuest:** Ja, wir haben da eine ganze Menge. Auch staatliche Förderprogramme für die Einführung digitaler Technik. Was wir aber ein bisschen vernachlässigt haben, ist die Frage: Wie bekommen wir es eigentlich hin, dass breite Schichten der Bevölkerung auch wirklich von dieser Digitalisierung profitieren und sich nicht eine verstärkte Polarisierung ergibt. Und der Weg dahin ist für mich die Qualifikation der Beschäftigten zum Umgang mit digitalen Techniken. Wir wissen aus Untersuchungen, dass digitale Fähigkeiten sehr wichtig sind für das Einkommen, für die Produktivität der Beschäftigten.

**Schön:** Ich möchte noch etwas zur Ökologisierung sagen. Es gibt konkrete Vorstellungen für einen EU Green Deal. Es gibt Rufe nach dem Motto: „Der Wiederaufbau der Wirtschaft muss von vornherein ein grüner Wiederaufbau sein.“ Wir sollten uns aber darüber im Klaren sein, dass dies mit einer gewissen antiglobalisierenden Tendenz einhergehen müsste.

#### Ökologisierung contra Globalisierung?

**Schön:** Die Vernachlässigung von Umweltauforderungen ist ja nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass wir einen weltweiten Markt haben. Wer Waren mit teuren Umweltstandards produziert, hat beim globalen Verbraucher weniger Chancen. Es sei denn, man schafft etwa in der EU einen regulierten Markt, in dem für alle die gleichen Regeln gelten. Das führt bis zur Frage, ob wir im Fall einer substanziellen CO<sub>2</sub>-Besteuerung an den EU-Grenzen Importwaren mit Zusatzabgaben auf deren impliziten Energieverbrauch und Emissionen belasten. Das bedeutet aber auch, dass eine starke Ökologisierung der Wirtschafts- und Steuerordnung in Europa am Ende zu einer gewissen Abschottung führen dürfte.

#### Wäre das für Deutschland, das vom Außenhandel mehr als andere lebt, nicht heikel?

**Schön:** Gewiss. Eine ökologische Abschottung kann zur ökonomischen Abkopplung führen, wenn man die eigenen Standards nicht global durchsetzen kann. Das ist eine riskante Wette. Bisher war immer die Aus-

sage die: Wir brauchen eine sehr gut laufende Wirtschaft, die Gewinne erzielt, die man dann in die Ökologie investieren kann. Jetzt will man gleichzeitig die Wirtschaft wieder nach oben fahren und ökologische Ansprüche an sie stellen. Ich weiß nicht, ob das funktionieren wird.

**Das bringt uns zum nächsten Teil unseres Gesprächs und zur Frage, welche Rolle die Europäische Union in der Corona-Krise neben den Nationalstaaten spielen soll. Bisher sah es eher danach aus, dass die EU am Spielfeldrand steht, nun aber scheinen Deutschland und Frankreich verstärkt auf ein gemeinsames Handeln zu setzen. Was halten Sie davon?**

**Fuest:** Auf einer technischen Ebene ist ein europäisches Vorgehen völlig richtig, denn das Virus macht nicht an der Grenze halt. Wir müssen aber bedenken, dass es nicht nur die technische Frage gibt, sondern auch die Frage der Legitimität. Wir sehen, dass die Institutionen, denen die Menschen vertrauen, doch eher nationale oder sogar lokale Regierungen sind. Legitimität spielt

“

Die Krise trifft uns in Europa ziemlich gleichmäßig, was den wirtschaftlichen Einbruch angeht – überall ungefähr minus sieben bis acht Prozent.

Clemens Fuest

hier, glaube ich, eine besondere Rolle, weil es buchstäblich um Leben und Tod geht. Und da haben wir das Problem, dass die EU sehr weit von den Bürgern weg ist.

**Schön:** Es kann doch wirklich nicht die Lösung sein, in europäische Kleinstaaterei zu verfallen und zuzusehen, wie die Landung von chinesischen Maskenflugzeugen in Italien mit Pomp aufgeführt wird. Wir brauchen auch

“

Die OECD hat einen großen Fehler gemacht, als sie Vorschläge zur Mindestbesteuerung aus dem Hut zauberte.

Wolfgang Schön

in der Krise europäische Solidarität, wir müssen Europa gegenüber Großmächten wie China und den USA stark machen. Aber man kann auch nicht unter dem Motto „Mehr Europa“ schlechthin alles tun und verlangen.

**Solidarität muss ja nicht immer mehr Geld ausgeben bedeuten.**

**Schön:** Korrekt. Es ist sicherlich unter dem Thema Solidarität ein Problem gewesen, dass viele europäische Staaten, wie auch Deutschland, Norditalien nicht früh genug medizinische Hilfe angeboten haben. Aber es ist sicherlich kein Zeichen fehlender Solidarität, nicht sofort in Corona-Bonds einzuwilligen. Ich habe den Eindruck, dass unsere Bundesregierung hier zurzeit relativ klug handelt.

**Fuest:** Solidarität heißt nicht unbedingt, es muss Umverteilung stattfinden oder der Reiche muss dem Armen etwas geben. Es gibt ein Interesse aller Europäer, diese Pandemie gemeinsam zu bekämpfen und auf künftige Pandemien besser vorbereitet zu sein. Ein Beispiel: Wir können natürlich in jedem Mitgliedstaat künftig mehr Intensivkapazitäten in den Krankenhäusern vorhalten, aber es wäre für uns alle besser, wenn wir einen europäischen Pandemieplan für eine medizinische Zusammenarbeit hätten und uns gegenseitig Kapazitäten zur Verfügung stellen würden. Wenn man das vorher überlegt hätte, dann hätte man vielleicht nicht alle Grenzen geschlossen.

**Wie europäisch soll der Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Krise sein?**

**Fuest:** Die Krise trifft uns in Europa ziemlich gleichmäßig, was den wirtschaftlichen Einbruch angeht – überall ungefähr minus sieben bis acht Prozent. Für Deutschland könnte es sogar noch schlimmer kommen, weil wir so stark in die Weltwirtschaft integriert sind. Ökonomisch kann man eigentlich nur auf diese Krise reagieren, indem man sich heute Geld leiht, den Schaden auffängt und die Schulden in der Zukunft abträgt. Und das erschwert ein bisschen die Idee der europäischen →



Social Distancing war auch bei diesem Interview selbstverständlich Pflicht: Das Gespräch führten **Cornelia Kindler** und **Hermann Gauß** im Mai 2020 digital per Videokonferenz

Solidarität. Wie soll das gehen? Am besten in dem Sinne, dass jedes Land sich zu erträglichen Zinsen Geld leihen kann.

#### **Und wie? Mit gemeinsamen Bonds?**

**Fuest:** Wir haben den ESM, der im Zuge der Finanzkrise vor zehn Jahren geschaffen wurde. Trotzdem favorisieren die Südländer Corona-Bonds. Wobei gar nicht so richtig klar war, worum es sich dabei handelt. Es soll etwas zu tun haben mit gemeinsamer Haftung.

**Schön:** Wir haben uns im Max-Planck-Institut angesehen, worin eigentlich die juristischen Unterschiede zwischen Corona-Bonds und einer ESM-Finanzierung liegen würden. Die sind gar nicht so gewaltig. Sie brauchen für die Corona-Bonds auch ein gemeinsames Vehikel, über das die Kredite aufgenommen und verteilt werden. Dafür haben wir aber schon den ESM. Wir haben im ESM vielleicht eine kurzfristigere Finanzierung im Vergleich zu Corona-Bonds. Das kann man aber arrangieren.

**Fuest:** Schon der Umstand, dass man in einem offenen Brief Corona-Bonds verlangt, zeigt für mich, dass die Forderung sehr stark innenpolitisch motiviert ist. Wenn es wirklich um die Sache ginge, dann hätte man erst

mal miteinander geredet, wäre womöglich zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen und dann an die Öffentlichkeit gegangen.

#### **Einige Staaten suchen einen Sündenbock?**

**Fuest:** Wir laufen auf Riesenspannungen zu. Insbesondere Italien wird mit sehr hohen Schulden aus dieser Krise herauskommen, die Quote steigt von 133 auf 155 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, so die meisten Prognosen. Kann Italien diese Schuldenquote stabilisieren und langsam wieder heruntermotivieren? Wenn es so weitergeht wie in den letzten zehn Jahren, funktioniert das nicht. Die Versuchung ist da groß, die Verantwortung weiterzureichen.

#### **Deutschland übt im zweiten Halbjahr 2020 die EU-Ratspräsidentschaft aus. Welche steuerpolitischen Erwartungen knüpfen Sie daran?**

**Schön:** Der Bundesfinanzminister hat sich ja bestimmte Themen auf die Fahne geschrieben, die Finanztransaktionssteuer vor allem, die von Juristen und Ökonomen aber überwiegend als dysfunktional abgelehnt wird. Von der ursprünglichen Idee vor zehn Jahren, Spekulations-



geschäfte an den Finanzmärkten zu besteuern und damit ein wenig einzudämmen, bleibt nicht mehr viel übrig. Es soll nun eine Art Börsenumsatzsteuer alter Prägung geben, die aber nicht die Richtigen trifft.

**Fuest:** Wenn wir bei den Corona-Bonds von Symbolpolitik sprechen, dann handelt es sich bei der Finanzmarkttransaktionssteuer um Symbolpolitik par excellence. Das richtet mehr Schaden als Nutzen an.

**Schön:** Ich hoffe ja, dass die Bundesregierung weniger die alten Projekte in den Vordergrund stellt und stattdessen über die Entscheidungsmechanismen in der EU nachdenkt. Wir brauchen da Flexibilität, aber nicht im Sinne eines Mehrheitsprinzips, wie es die Brüsseler Kommission fordert, sondern im Sinne von Opt-out-Lösungen, im Sinne von Sunset Clauses bei neuen Instrumenten, meinestwegen auch bei der Finanztransaktionssteuer.

**Das dritte und letzte Thema unseres Gesprächs ist die internationale Steuerpolitik, genauer gesagt die Bemühungen der OECD um eine Neuordnung der nationalen Besteuerungsrechte und eine Besteuerung digitaler Dienstleistungen. Wie steht es um dieses Mega-Projekt im Angesicht der Corona-Krise, wenn sich doch die USA gerade aus den Verhandlungen verabschiedet haben?**

**Fuest:** Die US-Regierung will meines Erachtens Druck aufbauen, damit die unilateral eingeführten Digitalsteuern wieder abgeschafft werden. Ich könnte mir vorstellen, dass die USA an den Verhandlungstisch zurückkehren, wenn da etwas passiert.

**Man könnte die großen Digitalkonzerne – Stichworte Onlinehandel, Videokonferenzen – fast als Retter in der Krise sehen und nicht mehr als die Buhmänner.**

**Fuest:** Das ist die Frage. Natürlich können wir nur froh sein, dass wir diese digitalen Techniken haben. Trotzdem wird eine Debatte losgehen, dass die Profiteure der Krise auch zur Kasse gebeten werden.

**Sehen Sie konkreten Anpassungsbedarf bei den Besteuerungsvorschlägen der OECD?**

**Schön:** Ich würde zunächst einen allgemeinen Punkt machen wollen. Das erste BEPS-Projekt gegen unlautere Gewinnverschiebungen und Steuervermeidung unter der Leitung von OECD und G20 war ungeheuer erfolgreich und wurde 2015 abgeschlossen. Dann kamen 2016 die Brexit-Entscheidung und die Wahl Donald Trumps und damit der Durchbruch für einen neuen Unilateralismus in der internationalen Politik. Die Frage, ob BEPS 2 in Bezug auf eine Neuordnung der Besteuerungsrechte einschließlich einer Digitalsteuer gelingt, hängt auch davon ab, ob man diesen zentri-fugalen Tendenzen ein koordinierendes Gemeinschaftsverständnis entgegensetzen kann.

“

Wenn wir bei den Corona-Bonds von Symbolpolitik sprechen, dann handelt es sich bei der Finanzmarkttransaktionssteuer um Symbolpolitik par excellence.

Clemens Fuest

**Und sehen Sie Chancen dafür?**

**Schön:** Da konnte man schon immer pessimistisch sein. Jetzt haben wir eine Krise, die erkennbar zu einer Kräftigung der nationalstaatlichen Eigeninteressen führt. Außerdem stehen in den USA Wahlen im November an. Vorher wird wohl kein weiterer Fortschritt möglich sein.

**Ist BEPS 2 dann überhaupt noch zu retten?**

**Schön:** Eine schwierige Frage. Zumal die OECD meines Erachtens einen großen Fehler gemacht hat, als sie im letzten Oktober Vorschläge zur Digitalbesteuerung aus dem Hut zauberte. Das ist auf massive Kritik gestoßen. Es ist interessant, jetzt zu hören, man wolle zu einem Modell zurückkehren, das sich auf die Digitalunternehmen fixiert. Das wiederum steht, und da gebe ich Clemens Fuest völlig recht, in einem gewissen Gegensatz dazu, dass diese Digitalunternehmen im Moment politisch im Aufwind sind.

**Ist eine Einigung ohne die USA überhaupt noch werthaltig oder sinnvoll?**

**Schön:** Der Rückzug der USA aus den Beratungen muss für uns nicht einmal schlecht sein. Denn eine weitgehende Besteuerung von Unternehmen im Verbrauchs- oder Marktstaat würde uns als Exportland treffen. Die Corona-Krise gibt uns die Möglichkeit, noch einmal nachzudenken, ob es nicht eine für Deutschland günstigere Lösung bei den internationalen Besteuerungsrechten gibt.

Das Gespräch führten **Hermann Gauß** und **Dr. Cornelia Kindler**